

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

119 (2.5.1914) 2. Blatt

Ausland.

Budapest, 28. April. Der heute den Delegationen unterbreitete gemeinsame Vorschlag weist ein Gesamtergebnis von 586 Millionen Kronen auf. Außerdem werden Spezialkredite in Höhe von 182 Millionen Kronen angefordert, von denen 81 Millionen auf das Heer und 101 Millionen auf die Marine entfallen. Gefordert wird u. a. eine erste Rate von 45 Mill. des neuen außerordentlichen Ertrages von rund 427 Millionen, welches für die nächsten 5 Jahre aufgestellt worden ist. Diese Millionen sind hauptsächlich für den Bau und die Ausrüstung von 4 Schlachtschiffen mit ungefähr 24 500 Tonnengehalt, von 6 Torpedofahrzeugen, 2 Donaumonitoren, für den Ausbau eines Seearjenals und für den Ausbau von Sebenico als Flottenstützpunkt bestimmt. In der Begründung des neuen Marineergebnisses wird darauf hingewiesen, daß die im nahen Osten eingetretenen Umwälzungen wesentliche maritime Nachverschiebungen im Mittelmeer erwarten ließen. Deshalb sei es dringend geboten, rechtzeitig Vorbeuge zu treffen, um der Monarchie die See- und Luftwege im Mittelmeer zu sichern. In einer besonderen Vorlage fordert das Ministerium des Äußeren einen Nachtragsschuldenschein von 120 000 Kronen, die für Albanien gemacht worden waren mit Bezug auf einen engl. Vorschlag auf Einleitung einer internationalen Hilfsaktion.

Paris, 30. April. Bezüglich der Meldung, wonach Unterstaatssekretär Zimmermann in der Kommission des Reichstages erklärt habe, daß zwischen Frankreich und Deutschland bezüglich der Entlassung der noch nicht 20jährigen jungen Leute aus der Fremdenlegation eine Vereinbarung bestehe, wird in einer sichtlich offiziellen Note des „Temps“ bemerkt, daß diese Behauptung auf einem Irrtum beruhe und nicht von dem Unterstaatssekretär aufgestellt worden sei, denn es bestehe zwischen Frankreich und Deutschland bezüglich der Fremdenlegation keinerlei Vereinbarung. Die französische Regierung habe gewisse Maßnahmen bezüglich jener jungen Leute getroffen, deren Minderjährigkeit im Augenblick des Eintritts in die Fremdenlegation nachgewiesen worden sei — Maßnahmen, von denen die deutsche Regierung gleich wie alle anderen Staaten verhandelt worden sei; aber von einer diesbezüglichen französisch-deutschen Vereinbarung könne nicht die Rede sein.

Madrid, 28. April. Im Senat stellte Cavestany bei der Erörterung der Thronrede den Antrag, daß der König eine Reise nach Argentinien unternehmen möge. Der Minister des Äußeren erwiderte, daß dieser sich über die Bedeutung einer solchen Reise durchscharf klar sei und daß er die Art und Weise der Ausführung dieses Programms prüfen werde, denn in Argentinien lebten über eine Million Spanier, die diese Reise sehr wünschten.

Buenos Aires, 28. April. Zum Empfang des deutsch-argentinischen Gesandten sind sich Marine- und Kriegsminister Ceng Valentini und der Konteradmirale Dominic Garzia und Martin nach der Marinestation begeben. Die Stadtbehörden haben Festlichkeiten für die Befestigungen vorgesehen und die argentinischen Marineoffiziere haben im Arsenal ein Essen für die deutschen Matrosen.

Buenos Aires, 30. April. Der Marine- und Kriegsminister beauftragte gestern das in Hafen von Bahia Blanca ankommende deutsche Panzerschiff „Kaiser“. 500 deutsche Seeleute nahmen an einem Picnic teil, das ihnen von der deutschen Kolonie zu Ehren veranstaltet wurde.

Peking, 29. April. Die Verammlung, die kürzlich mit der Umarbeitung der provisorischen Verfassung beauftragt worden war, hat endlich die abgeänderte Verfassung angenommen. Man erwartet, daß sie unverzüglich veröffentlicht werden wird. Sie sieht eine einfache gesetzgebende Kammer vor und ersetzt den Ministerpräsidenten durch einen Staatspräsidenten.

Hongkong, 28. April. Zwei Torpedoboote sind mit Vertretern der Behörden nach dem Schauplatz abgegangen, wo der englische Dampfer „Taiou“ von Seeräubern angegriffen und verbrannt wurde.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 1. Mai.

Personenverkehr auf der Eisenbahn.

Größeren, gemeinsam reisenden Gesellschaften, Vereinen usw. ist es im eigenen Interesse dringend zu empfehlen, gemeinsame Fahrten spätestens am Tage vor der Ausführung bei der Abfahrtsstation schriftlich oder mündlich anzumelden. Dabei sollten der Reiseweg, die zu befahrenden Strecken, die gewählten Züge, die Wagenklasse, insbesondere aber die Teilnehmerzahl sowie die Zeit der Rückreise angegeben werden. Bei Unterlassung der Anmeldung sind die Dienststellen, insbesondere kleinere Stationen häufig nicht in der Lage, wegen Vereinhaltung der nötigen Plätze Vorkehrungen zu treffen. Unzulänglichkeiten für die Reisenden wegen Platzmangels sind in der Regel die Folge davon.

Eine erhebliche Erleichterung, besonders für den Massenverkehr an Sonn- und Feiertagen, bei Festlichkeiten usw. besteht darin, daß beim Antritt der Reise gleichzeitig Fahrkarten für die Rückreise auch dann gelöst werden können, wenn die Rückreise von einer anderen Station als der Zielstation der Hinreise oder in einer anderen Wagenklasse oder Zugabteilung ausgeführt wird. Im inneren badischen Verkehr können auch etwa erforderliche Schnellzugzuschlagkarten für die Rückreise schon beim Reiseantritt gelöst werden. Nach Bedarf werden sogenannte Doppelfahrkarten ausgegeben, die zur Hin- und Rückreise berechtigen. Die Doppelfahrkarten wie auch die für die Rückreise gelösten einfachen Fahrkarten gelten 4 Tage.

12. Tuberkuloseversammlung in Kastatt.

Kastatt, 29. April. Heute nachmittag fand hier in der städtischen Fruchthalle die 12. Landestuberkuloseversammlung statt, der Großherzogin Silda

und als Vertreter der Großherzogin Luise Obersthofmeister Graf von Andlaw beiwohnten. Der Vorsitzende des Landestuberkuloseausschusses Professor Dr. Starck aus Karlsruhe eröffnete die Versammlung mit Worten der Begrüßung, welche er zunächst an Großherzogin Silda und den Vertreter der Großherzogin Luise richtete. Der Vorsitzende verlas sodann ein Begrüßungstelegramm der Großherzogin Luise.

Nach Eintritt in die Tagesordnung sprach Medizinalrat Dr. Compter in Kastatt über „10 Jahre Tuberkulosebekämpfung im Amtsbezirk Kastatt.“ Der Redner gab ein reiches statistisches Material und stellte fest, daß die Tuberkulose im Amtsbezirk Kastatt in den letzten Jahren ständig zurückgegangen ist, was in der Hauptsache auf die Tätigkeit der Tuberkuloseausschüsse zurückzuführen ist. Sodann erstattete der Vorsitzende Professor Dr. Starck den Jahresbericht, welcher ein sehr überfülltes Bild über die umfangreiche und gegenwärtige Tätigkeit des Landestuberkuloseausschusses gab.

Einen sehr interessanten Vortrag hielt hierauf der Generalsekretär des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, Oberstabsarzt Dr. Helm aus Berlin, über die Bedeutung der ärztlichen Fürsorgestellen für die Tuberkulosebekämpfung auf dem Lande und in den Städten. Der Redner regte hierbei an, auch in Baden in recht zahlreichen Orten solche Fürsorgestellen zu gründen. Bürgermeister Franke kam ebenfalls auf die Bedeutung der Tätigkeit der Tuberkuloseausschüsse zu sprechen. Er betonte hauptsächlich, wie wichtig es sei, wenn sich diese Ausschüsse auch der Wohnungsfrage, die in so engem Zusammenhang mit der Tuberkulose steht, zuwenden.

In der sich an die Vorträge anschließenden Diskussion sprachen u. a. Geh. Rat Kajina von der Landesversicherungsanstalt und Dekan Wöhrl aus Rotenfels, sowie verschiedene Ärzte, welche die Tätigkeit der Ausschüsse von der fachmännischen Seite aus beleuchteten.

Der erste badische Trinkerfürsorgetag.

Am Montag fand in Karlsruhe der erste badische Trinkerfürsorgetag statt. Die Tagung verfolgte hauptsächlich den Zweck, die Trinkerfürsorge strenger zu organisieren und die Trinkerfürsorgestellen zu noch engerer Arbeit zusammenzuschließen. Baurat Fuchs aus Karlsruhe eröffnete die Tagung mit Begrüßungsworten an alle Erschienenen, worauf der Geschäftsführer der Zentralstelle für Trinkerfürsorge, Dr. Moser aus Freiburg, über den Stand der Trinkerfürsorgebewegung im Großherzogtum Baden sprach. Die Zahl der Trinkerfürsorgestellen betrug zu Anfang des Jahres 1913 6; im Laufe des verfloßenen Jahres wurden 2 weitere Stellen gegründet, zu Anfang des Jahres 1914 abermals 2 Stellen, so daß jetzt 10 organisierte Fürsorgestellen tätig sind. In naher Aussicht steht die Gründung von Fürsorgestellen in Donaueschingen und Konstanz. In den Trinkerfürsorgestellen arbeiten die staatlichen, städtischen und kirchlichen Behörden mit den Vereinen und Vereinigungen, welche für Abstinenz oder gegen Alkoholmißbrauch eintreten. Im Jahre 1913 wurden bei 7 Trinkerfürsorgestellen 1163 Fälle behandelt, darunter ungefähr 100 Männer. Von der Gesamtzahl wurden 146 als geheilt bezeichnet. In 264 Fällen wurde eine erhebliche Besserung erzielt. 14 Fälle waren aussichtslos.

An die Ausführungen schloß sich eine Aussprache, nach welcher Dr. Moser über die Beziehungen der Trinkerfürsorge zu den Behörden sprach und hierbei dem Wunsche nach einer regen Mitarbeit aller in Betracht kommenden Faktoren Ausdruck gab. Nach den interessanten Ausführungen wurde die Vormittagsversammlung geschlossen. Am Nachmittag trat der Zentralausschuß zur Fortsetzung der Beratung zusammen und besprach in der Hauptsache Organisationsfragen.

Landesversicherungsanstalt Baden im März 1914.

Im Monat März sind im ganzen 907 Rentengesuche eingereicht worden, und zwar 689 Invaliden, bezw. Kranken, 46 Alters-, 74 Witwen- bezw. Witwer-, 97 Waisenrentengesuche und 1 Zusatzrentengesuch; bewilligt wurden 613 Renten, nämlich 439 Invaliden-, 36 Kranken-, 31 Alters-, 30 Witwen-, 1 Witwenkranken- sowie 75 Waisenrenten (für 175 Waisen) und 1 Zusatzrente. Es wurden 51 Invaliden-, 6 Alters-, 1 Witwen- und 5 Waisenrentengesuche abgelehnt, während 664 Invaliden-, 17 Alters-, 48 Witwen- und 47 Waisenrentengesuche unerledigt geblieben sind. Außerdem wurden im schiebsgerichtlichen Verfahren 14 Invaliden- und 3 Krankenrenten zuerkannt.

Bis Ende März sind im ganzen 93 156 Renten bewilligt bezw. zuerkannt worden (74 729 Invaliden-, 4272 Kranken-, 12 344 Alters-, 372 Witwen-, 4 Witwenkranken-, 1413 Waisenrenten für 3677 Waisen) und 2 Zusatzrenten. Davon kamen wieder in Wegfall 56 979 Renten (42 710 Invaliden-, 3913 Kranken-, 10 232 Al-

ters-, 19 Witwen-, 1 Witwenkranken- und 104 Waisenrenten), 412 Waisen sind aus dem Rentengenuße ausgeschieden. Auf 1. April 1914 sind demnach 36 177 Rentenempfänger vorhanden (32 019 Invaliden-, 579 Kranken-, 2112 Alters-, 353 Witwen-, 3 Witwenkranken-, 1309 Waisenrentenempfänger für 3265 Waisen) und 2 Zusatzrentenempfänger.

Der Jahresbetrag für die im März bewilligten Renten berechnet sich, und zwar für 453 Invalidenrenten auf 89 635 M. 80 Pf., für 39 Krankenrenten auf 7926 M., für Altersrenten auf 5241 M., für 30 Witwenrenten auf 2356 M. 80 Pf., 1 Witwenkrankenrente auf 75 M. 60 Pf., für 75 Waisenrenten mit 175 Waisen auf 5709 M. 60 Pf. und 1 Zusatzrente auf — M. 60 Pf.; somit im Durchschnitt für 1 Invalidenrente 197 M. 87 Pf., für 1 Krankenrente 203 M. 24 Pf., für 1 Altersrente 169 M. 06 Pf., für 1 Witwenrente 78 M. 56 Pf. und für 1 Waisenrente 32 M. 63 Pf. An Wittwengeld wurden in 29 Fällen 2275 M. 80 Pf., an Waisenaussteuer in 5 Fällen 102 M. 40 Pf. bewilligt. Anwartschaftsbeide wurden 18 erteilt.

Arbeiterwohnungsdarlehen wurden im März an 30 Versicherte 143 125 M. und an 1 Gemeinde 14 000 M., an 3 Bauvereine 102 000 M., ferner Darlehen zu gemeinnützigen Zwecken an 2 gemeinnützige Vereine 82 000 M. zugelegt; ausbezahlt wurden an 45 Versicherte 246 375 M. und an 3 gemeinnützige Anstalten 194 000 Mark.

Die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofs im Jahr 1913.

Im Jahr 1913 sind dem Großh. Verwaltungsgerichtshof 390 Streitfälle zur Erledigung vorgelegen; 277 davon sind im Laufe des Jahres neu anhängig geworden, während die restlichen 113 aus dem Jahr 1912 übergegangen waren. Tatsächlich erledigt wurden 275 Streitfachen, und zwar durch Vergleich, Ver. St. Verurteilungen 72, durch Unzulässigkeitsklärung 24, durch Urteil 179. Von den Urteilen haben 112 die Vorentscheidung bestätigt und 67 die Erkenntnisse abgeändert. In den Geschäftskreis des Ministeriums des Innern gehörten 201 von den erledigten Fällen, in den des Ministeriums der Finanzen 71, die restlichen 3 in den des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Der Verwaltungsgerichtshof war hierbei angerufen worden in 70 Fällen auf Grund des § 3 Ziffer 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (Staatsabgaben), in 63 Fällen nach § 4 Ziffer 1 dieses Gesetzes (polizeiliche Verfügungen) und in 58 Fällen nach § 19 des Landesgesetzes „die Ausführung der Unfall- und Krankenversicherung betr.“ (in der Fassung vom 17. Juli 1902). Ferner stützte sich die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofs 22mal auf § 41 Ziffer 6 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (Unzulässigkeit der Klage), 16mal auf § 2 Ziffer 10 (Armenpflege) und 12mal auf § 3 Ziffer 24 dieses Gesetzes (Anfechtung von Gemeindevahlen). In den übrigen Fällen sind die sonstigen Zuständigkeitsbestimmungen nur ein- oder zweimal, vereinzelt auch viermal für die gerichtliche Tätigkeit maßgebend gewesen.

Erwähnt sei noch, daß 187 Fälle (68 Proz.) in öffentlicher Sitzung durch Rechtsanwälte vertreten wurden.

Personalnachrichten aus dem Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen zum Postgehilfen: Heinrich Seeger in Karlsruhe, Viktor Häner in Baden-Baden; zum Postagenten: Friedrich Groß in Ottersdorf. — Ernannt zu Postassistenten: die Postwärter Otto Calme in Forstheim, Joseph Edert in Mannheim, Friedrich Brand in Mannheim-Neckarau. — Versetzt die Postassistenten: Friedrich Göb von Mannheim nach Karlsruhe, Heinrich Hettelheimer von Mannheim nach Tauber-Bischheim, Robert Klüber von Karlsruhe nach Muggensturm, Hubert Müller von Mannheim nach Durlach, Ludwig Müller von Mannheim nach Karlsruhe, Eugen Schuh von Kastatt nach Karlsruhe, Richard Verneisel von Mannheim nach Wehrheim; der Telegraphenassistent Karl Mah von Forstheim nach Karlsruhe. — Freiwillig ausgeschieden die Telegraphengehilfen: Maria Reiz in Forstheim; der Postagent: Max Groß in Ottersdorf.

Die Nr. XIX des Gesetzes- und Verordnungs-Blatts für das Großherzogtum Baden hat folgenden Inhalt: Gesetz: die Steuererhebung in den Monaten Mai und Juni betr. Bekanntmachung: des Ministeriums des Innern: die Pferdeaushebungsvorschrift betr.

B.C. Heidelberg, 28. April. Der Königtuhl-Sternwarte wurde von dem kürzlich verstorbenen Privatmann Karl Gappel eine reiche Stiftung vermacht. Zur Förderung der Sternkunde, hauptsächlich für Anschaffungen und Erweiterungen des Instituts und zu naturwissenschaftlichen Zwecken vermachte Herr Gappel der Sternwarte 250 000 M., nach Abzug der Steuern verbleibt ein Betrag von 235 000 M.

Forstheim, 1. Mai. In namentlicher Abstimmung genehmigte gestern Abend der Bürgerausschuß mit 93 gegen 18 Stimmen die am 1. April abgelehnte Abtretung von 6000 Quadratmeter kostenlos zum Bau eines Landgerichts dahier, zu dem die Stadt im ganzen ein Terrain von 7800 Quadratmeter stellt und darauf das Gebäude errichtet. Am 1. April wurde die gleiche Vorlage bekanntlich mit 61 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

Aus der Residenz.

Die Generalversammlung des Pfadfinderverbands 'Jung Karlsruher' (Ortsgruppe des Deutschen Pfadfinderverbands) legte Zeugnis ab von dem hocherfreulichen Fortschritt, den diese Jugendbewegung in unserer Stadt in den 3 1/2 Jahren ihres Bestehens machte.

Verschiedenes.

Luftschiffahrt.

Leipzig, 21. April. Das Luftschiff 'S. L. II' (Schütte-Lanz) wurde um 1 1/2 Uhr über Saalfeld abgehoben. Am 3 1/2 Uhr erschien es wieder über Leipzig und warf die Beladung ab, das es um 5 Uhr landen wollte.

Berlin, 30. April. In dem bekannten Verfahren betr. die Unbrauchbarmachung von 42 Postkarten mit Bildnissen von Skulpturen fand heute vor der dritten Strafkammer des Landgerichts 2, an welcher die Sache nach der Aufhebung des Urteils der 12. Strafkammer des Landgerichts 1 verwiesen worden war, ein neuer Verhandlungstermin statt.

Besten (Weit-Brigaden), 29. April. Infolge einer Explosion in dem Schacht der New River Company sind 203 Bergleute verschüttet. Es besteht keine Hoffnung, die Mehrzahl zu retten.

Finanzieller Wochenrückblick.

Frankfurt, 30. April. Die ungünstige Haltung, die die Börse in den ersten Tagen unserer diesmahligen Berichtsperiode an den Tag legte und die in erster Linie auf den amerikanischen Konflikt zurückzuführen war, wurde im weiteren Verlauf von einer freundlicheren verdrängt auf die von den jüdisch-amerikanischen Staaten eingeleitete Vermittlungsaktion.

Kursbericht der Karlsruher Zeitung.

Table with columns for 'Deutsche Staatspapiere', 'Preuß. Staatspapiere', and 'Städtische Anleihen'. Includes dates like '1. Mai 1914' and various bond types.

Table with columns for 'Städtische Anleihen', 'Städtische Anleihen', and 'Städtische Anleihen'. Lists various municipal bonds and their values.

Rheinische Hypothekbank Mannheim.

Vollbezahletes Aktienkapital M. 27 000 000. Hypothekenbestand 31. Dezbr. 1913 M. 598 841 584.02. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1913, sowie Zirkulare betreffend Kapitalanlage in unseren Pfandbriefen und Kommunalobligationen können von der Bank direkt oder von sämtlichen Pfandbriefverkaufsstellen gratis und franko bezogen werden.

Interessengemeinschaft Rheinische Creditbank, Pfälzische Bank, Mannheim Ludwigshafen a. Rh. Aktienkapital M. 95 000 000. Reserven M. 18 500 000.

Dresdner Bank Aktienkapital: 200 Millionen M. Reserven: 60 Millionen M. Niederlassungen im Grossherzogtum Baden: Mannheim Heidelberg Freiburg i. B.

Bürgerliche Rechtspflege. a. Streitige Gerichtsbarkeit. R. 949/21. Offenburg. Der Lehrer Harris Cohen in Offenburg, Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Veit in Offenburg, klagt gegen seine Ehefrau Minnie Rebekka Cohen geb. Schütz, früher in Manchesler, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund des § 1567 Ziffer 1 BGB., mit dem Antrage, die zwischen den Streitigen am 24. März 1903 zur Null in England geschlossene Ehe aus Verträgen der Ehegatten zu scheiden und dieser die Kosten aufzuerlegen.

gers a. D. Ludwig Hartmann von Vorberg wird auf Antrag der Ehefrau heute am 29. April 1914, nachmittags 1/2 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Nachsch über-schuldet ist.

Der Kaufmann Faber Karth hier, Stephanienstraße 47, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 1. Juli 1914 bei dem Gerichte anzumelden.

Der Kaufmann Faber Karth hier, Stephanienstraße 47, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 1. Juli 1914 bei dem Gerichte anzumelden.

R. 955. Forzheim. über das Vermögen des Apothekers S. Dreher, früher in Niefern, Am Forzheim, zurzeit an unbekanntem Ort, wurde heute am 30. April 1914, nachmittags 1 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da sein Vermögen überschuldet und er zahlungsunfähig ist.

Der Herr Rechtsanwalt Eugen Steinel in Forzheim wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 22. Mai 1914 bei dem Gerichte anzumelden.

R. 954. Philippsburg. über das Vermögen des Kaufmanns Johann Gilliar in Philippsburg wurde heute am 29. April 1914, nachmittags 1/2 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da sein Vermögen überschuldet und er zahlungsunfähig ist.

Der Herr Rechtsanwalt Fischer in Philippsburg wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 10. Juni 1914 bei dem Gerichte anzumelden.